

Dr. med. Clinton und die Russen

VON JOSEF JOFFE

Daß Bill Clinton in dieser Woche vier europäische Hauptstädte besucht, aber die Bundesrepublik ausläßt, haben die Bonner zwar mit einigem Murren quittiert. Aber einen Fortschritt symbolisiert die Reise trotzdem. Denn im ersten Amtsjahr schien es, als hätte die Regierung Clinton das Wörtchen 'Europa' auf den Index gesetzt. So die Außenpolitik überhaupt aus ihrer Statistenrolle herausstrat, lauteten die Stichworte 'Somalia' und 'Nordkorea', 'NAFTA' und 'GATT'.

'Westeuropa', deklamierte Außenminister Christopher mit Ungeduld und Unwillen, 'ist nicht mehr die beherrschende Region der Welt'. Überdies höre man aus Westeuropa 'eine Menge Kritik', nicht aber 'aus Asien'. Unvergessen bleibt Christophers Auslassung zu Bosnien, die so klang als hätte er sie bei Neville Chamberlain, dem britischen Premier der 30er Jahre abgeschrieben. Für den Architekten des Münchner Abkommens war die Tschechoslowakei ein 'weit entferntes Land, von dem wir nichts wissen'. Für Christopher war Bosnien eine 'humanitäre Krise, weit weg von zu Hause, auf einem anderen Kontinent'.

'Rußland zuerst'

Die offizielle Rhetorik hat sich inzwischen gewandelt - die Politik auch. Dreimal wird Clinton in diesem Jahr Europa besuchen, und Christopher sekundiert: 'Europa steht im Mittelpunkt unseres Interesses.' Dies ist der gute Teil der Nachricht. Der weniger schmeichelhafte Teil bleibt unausgesprochen: Nicht 'Europe-first', sondern 'Russia-first' ist die heimliche Devise, auch wenn Vizepräsident Gore gerade - zum Auftakt des Brüsseler NATO-Gipfels - die klassische Orthodoxie noch einmal unterstrichen hat: 'Wenn in Europa gekämpft wird, leiden auch wir; wenn Europa sicher und frei ist, gedeihen auch wir.'

Dennoch: Amerikas Auge bleibt vorweg auf Rußland gerichtet, und die Politik dazu heißt 'Partnerschaft für den Frieden', welche die NATO in dieser Woche absegnen möge. Der verschlungene Entwurf Made in U. S. A. liest sich wie die Bibel; jeder kann sich herauspicken, was ihm am besten ins Konzept paßt. Doch unter dem Strich bleibt zweierlei zweifelsfrei: Die Russen dürfen nicht verärgert, die Osteuropäer folglich nicht in die NATO aufgenommen werden.

Übrig bleiben Trostpreise für die früheren Zwangsmitglieder des Sowjet-Imperiums, die nun in jenem zugigen Warteraum verharren müssen, der einst 'Zwischeneuropa' genannt wurde: zwischen NATO-Deutschland im Westen und Rußland im Osten. Gewiß: Das Bündnis will 'interessierten Staaten' - Polen, Ungarn, Tschechien und den anderen - Verträge zur militärischen Zusammenarbeit anbieten, die sich von der gemeinsamen Ausbildung bis hin zu Manövern für Friedenseinsätze erstreckt. Das ergibt zwar einen willkommenen Modernisierungsschub für die rückständigen Ost-Armeen. Aber was sollen die 'Zwischeneuropäer' mit dem Fettgedruckten anfangen, das besagt: keine Sicherheitsgarantien, kein Datum für die Aufnahme in die Allianz? Allenfalls 'beraten' dürfen sie

sich mit der NATO, wenn sie sich bedroht fühlen. Wer will es dem polnischen Außenminister Olechowski übelnehmen, wenn er die 'Partnerschaft' als 'Verdrückt euch'-Signal verhöhnt.

Dahinter steht, wenn man so will, eine psychiatrische Auffassung westlicher Außen- und Sicherheitspolitik. Der 'Patient' ist Moskau, die Therapie heißt 'Besänftigung und Beruhigung'. Wer die NATO ostwärts vorschieben will, möge die furchtbaren irrationalen Reaktionen in Rußland bedenken: Paranoia und Chauvinismus, schließlich den Sieg neo-faschistischer und neo-imperialistischer Kräfte unter dem Banner eines Schirinowskij.

Auch wenn derlei therapeutischer Begriff von Politik - ein alter westlicher Reflex - kein Kompliment für die Russen abgibt, hat Boris Jelzin die Signale dankbar aufgenommen. Während Clinton seine Koffer packte, hat Jelzin noch einmal dramatisiert, was längst zum Standard-Repertoire russischer Rhetorik gehört: Die NATO-Erweiterung werde 'eine negative Reaktion in der russischen Gesellschaft' sowie eine 'militärpolitische Destabilisierung' in Zwischeneuropa hervorrufen.

Eines ist richtig an dieser Theorie, der auch Kanzler Kohl anhängt: Provokation ist keine Außenpolitik - zumal wenn sie Jelzins inneren Feinden in die Hände spielen könnte. Aber vieles wackelt auch in diesem Prämissengerüst. Erstens: Wenn wir Angst um die russischen Reformer haben, sollten wir die gleiche Fürsorge auch den Osteuropäern angedeihen lassen. 'Wir wollen hauptsächlich in die NATO', sagt der frühere Verteidigungschef Polens, 'um so die Demokratie zu sichern. Wir müssen die gleichen Nationalisten zurückdrängen, mit denen sich auch Jelzin herumschlägt.'

Zum zweiten zwingt der therapeutische Ansatz den Arzt in die Zwangsjacke. Wer sich der Devise 'Bloß nicht provozieren' verschreibt, händigt dem Patienten ein bleibendes Vetorecht über die eigene Politik aus. Überdies nimmt man dem Gegenüber dadurch den Anreiz zur Realitätsprüfung. Wer alles versteht und alles entschuldigt, gerät leicht in die Lage, sich selbst zu erpressen - bis hin zu dem Punkt, wo plötzlich vitale Interessen auf dem Spiel stehen.

Die amerikanische - auch die deutsche - Rußland-Diplomatie läuft so das Risiko, einen Blankoscheck auszustellen und sich zum Gefangenen Jelzins zu machen. Eine klügere Politik würde freilich dreigleisig fahren. Auf der einen Schiene liefe der Zug in Richtung Hilfe und Rücksichtnahme, wiewohl man nie vergessen darf, daß Demokratie und Marktwirtschaft keine Exportschlager sind, daß Rußlands Schicksal in Rußlands Händen liegt. (Funktioniert hat es nur in Deutschland und Japan nach 1945 - aber unter den geladenen Kanonen der Besatzer.)

Die zweite Schiene heißt Konditionalität: Geld nur für Reformen, Rücksichtnahme nur auf legitime Interessen. Neo-Imperialismus unter der alt-neuen Zarenflagge, zumal wenn er die Tatze auf das Baltikum und Osteuropa legt, darf nicht auf Verständnis zählen. In diesem Fall müßte sich die rußlandfreundli-

che 'Partnerschaft für den Frieden' in ein Schutzbündnis mit Osteuropa verwandeln - bis hin zur Erweiterung der NATO. Überdies muß eine solche Strategie Jelzin nicht unbedingt schwächen - kann er doch mit dem Verweis auf westlichen Vertrauensverlust seine Quälgeister daheim trefflich ernüchtern.

Trost für 'Zwischeneuropa'

Auf der dritten Schiene kann der Westen aus der diplomatischen Not - sprich: keine NATO-Erweiterung - eine sicherheitspolitische Tugend machen. Denn: Je mehr ein Bündnis verwässert wird, desto schlechter produziert es Sicherheit. Obwohl die NATO

ihre klassische Funktion - Abwehr einer Sowjet-Attacke - verloren hat, bleibt sie ein unverzichtbarer Versicherungsverein. Die Maschinerie muß geölt bleiben, trotz Abrüstung braucht das Bündnis die Fähigkeit zur raschen Wiederherstellung ihres Potentials. Ironischerweise bietet gerade die Besinnung auf das Wesentliche den 'Zwischeneuropäern' den besten Trost. Auch ein Schirinowskij wird sich das Zündeln zweimal überlegen, wenn auf der anderen Seite eine intakte Feuerwehr steht.

Den Russen muß geholfen werden - auch im eigenen Interesse. Nur: Vertrauen ist gut, Versicherung noch besser.